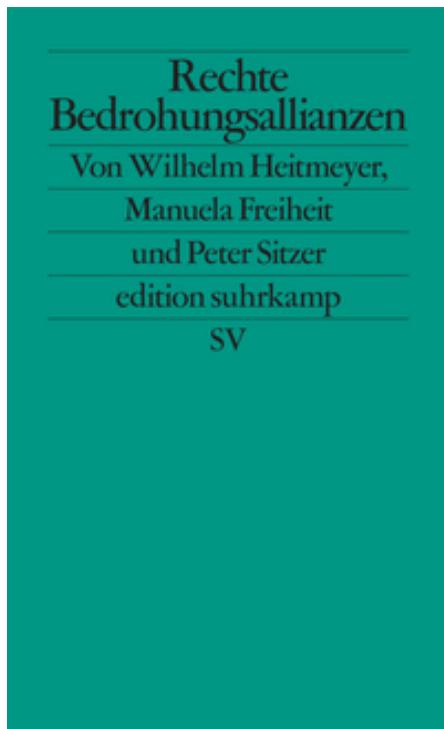


Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Heitmeyer, Wilhelm
Rechte Bedrohungskonturen

Signaturen der Bedrohung II

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 2748
978-3-518-12748-3

edition suhrkamp 2748

Nach Ereignissen wie dem Mord an Walter Lübcke, dem Anschlag in Halle oder den rassistischen Morden in Hanau im Februar 2020 wird regelmäßig darüber diskutiert, inwiefern es sich um isolierte Einzeltäter handelt oder ob ein Zusammenhang zu bestimmten Parteien und Ideologien besteht. Der renommierte Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer hat dazu bereits 2012 das Modell eines konzentrischen Eskalationskontinuums präsentiert: ganz außen stehen menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung, im Zentrum terroristische Zellen, dazwischen organisierte Akteure des autoritären Nationalradikalismus, »Vordenker«, systemfeindliche Milieus und Unterstützernetzwerke. Die Gewaltbereitschaft nimmt von außen nach innen zu, die jeweils äußere Schicht liefert ihrer inneren Nachbarin Legitimation.

In dieser hochaktuellen Studie zeigt Wilhelm Heitmeyer zusammen mit Manuela Freiheit und Peter Sitzer u. a. am Beispiel der Ausschreitungen in Chemnitz im August 2018, wie sich innerhalb dieses Kontinuums Allianzen herausbilden und wie diese die offene Gesellschaft immer stärker bedrohen.

Wilhelm Heitmeyer war von 1996 bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. In der edition suhrkamp gab er u. a. die Reihe *Deutsche Zustände* heraus. Manuela Freiheit und Peter Sitzer forschen am IKG über »Autonome Nationalisten«. Freiheit ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IKG, Sitzer arbeitet an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Wilhelm Heitmeyer,
Manuela Freiheit, Peter Sitzer

Rechte Bedrohungssallianzen

Signaturen der Bedrohung II

Suhrkamp

Erste Auflage 2020
edition suhrkamp 2748
Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag Berlin 2020

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: C. H. Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12748-3

Inhalt

Vorwort	11
Vorbemerkung: Analysen in Zeiten der Corona-Pandemie	13
1. Das Konzept	17
1.1. Problembeschreibung und leitende These: Ausdifferenzierung und Dynamisierung als Erfolgsmodell rechter Bedrohungskontinuum .	17
1.2. Defitorische Rahmung	18
2. Rechte Bedrohungskontinuum und Zerstörungsaktivitäten .	23
2.1. Die Vorverlagerung und Ausweitung »verdunkelter« Bedrohungszonen	24
2.2. Entwicklung rechtsextremistischer Straftaten, Gewalttaten und Tötungen	28
2.3. Opfer haben Namen	37
3. Soziologischer Forschungsansatz	43
3.1. Gesellschaftsanalytischer Zugang	43
3.2. Das Ursachen- und das Kontrollparadigma .	51
3.3. Analysekonzept zu Interaktionsprozessen ..	54
4. Das konzentrische Eskalationskontinuum	58
4.1. Der Analyserahmen für rechte Bedrohungskontinuum	58
4.2. Differenzkriterien zwischen den Schichten des konzentrischen Eskalationskontinuums .	61
4.3. Legitimationsbrücken	64
4.4. Neue Funktionsdifferenzierungen in realen und virtuellen Aktionsräumen	68

4.5	Das verdeckte Eindringen in Sicherheitsinstitutionen	72
5.	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung: Legitimationen für rechte Bedrohungssallianzen	90
5.1	Das Konzept	90
5.2	Ausgewählte empirische Ergebnisse	91
5.3	Die Legitimationsfunktion der Einstellungen im Eskalationskontinuum	100
6.	Das Milieu des autoritären Nationalradikalismus: Destabilisierung von Institutionen	102
6.1	Der Kern: Die Partei Alternative für Deutschland	104
6.2	Die Rolle von Intellektuellen in verschiedenen Resonanzräumen	117
6.3	Eskalation durch Erosion von Grenzziehungen	124
6.4	Kampf um »kulturelle Hegemonie« in gesellschaftlichen Institutionen	126
6.5	Destabilisierung des Systems: »Thüringen« .	136
6.6	Eskalationstreiber: Der »Flügel«	139
7.	Systemfeindliches Milieu: Bewegungsförmiger Rechtsextremismus mit Zerstörungszielen	145
7.1	Wandlungsprozesse des systemfeindlichen Milieus	147
7.2	Das systemfeindliche Milieu als »Raumordnungsbewegung«	173
7.3	Städtische und ländliche Gelegenheitsstrukturen	178

7.4	Die gefährliche Unterschätzung der sozialgeografischen Peripherie als Ursachen-, Mobilisierungs- und Normalisierungskontext	202
8.	Das klandestine rechtsterroristische Planungs- und Unterstützungsseau	207
8.1	Rahmenelemente fortschreitender Radikalisierung	207
8.2	Handlungsskripte, Handlungsanleitungen und Rollenvorbilder	210
8.3	Latente Bedrohungszustände durch punktuelle manifeste Aktionen	211
9.	Rechtsterrorismus: Gruppen- und Individualtäter	213
9.1	Definitorische Rahmung und konzeptioneller Zugang	213
9.2	Varianten rechtsterroristischer Zellen in Deutschland und ihre internationale Vernetzung	216
9.3	Gruppenorganisierte terroristische Vernichtungstaten	219
9.4	Handlungsabläufe individualzentrierter Vernichtungstaten	225
10.	Verschwimmen von Grenzen: »Chemnitz« als Eskalationsprozess	234
10.1	Reale Verhältnisse, Abläufe und ein Erklärungskonzept	234
10.2	Die Stadt und ihre sozialräumlichen Gelegenheitsstrukturen für rechte Bedrohungskontakte	235

10.3	Das ausbeutbare Signalereignis sowie die Folgen in den sozialen Netzen und auf den Straßen	239
10.4	Interpretation der Abläufe in den Sozialräumen	241
10.5	Einschätzung der politischen Folgen	246
11.	Fokus: Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit .	248
11.1	Antisemitismus im Eskalationskontinuum .	248
11.2	Muslimfeindlichkeit im Eskalationskontinuum	257
12.	Qualitätsveränderungen rechter Bedrohungskontinuen	266
12.1	Modernisierungen historischer Ideologien .	266
12.2	Ausweitungen von Resonanzen im politischen Raum	268
12.3	Flexibilisierte Kommunikations- und Organisationsformen	269
12.4	Eskalationsorientierte Aktionsformen	273
12.5	Fähigkeit zur Offensive und zu erhöhter Terrorfrequenz	277
12.6	Fazit	278
13.	Zukünfte: Entzerrte Unübersichtlichkeit	281
13.1	Entzerrung von Zuständen: Ursachenzusammenhänge für rechte Bedrohungskontinuen bleiben unangetastet .	283
13.2	Unzureichende Energien und Synergien bei der Bekämpfung rechter Bedrohungskontinuen .	284
13.3	Politische Visionslosigkeit angesichts einer entzerrten Unübersichtlichkeit	291
13.4	Ein Blick auf das eingedunkelte Europa	293

Postskriptum: Corona-Pandemie, Verschwörungsideologien und neue Radikalisierungskonstellationen	296
Literatur	302

Vorwort

Dieses Buch setzt die 2018 begonnene Reihe »Signaturen der Bedrohung« fort. Inhaltlich knüpft es an den Vorgängerband *Autoritäre Versuchungen* an, insbesondere an das dort in Kapitel 14 entwickelte Konzept des konzentrischen Eskalationskontinuums, das die folgenden Analysen strukturiert. Wir befassen uns mit den verschiedenen Eskalationsstufen sowie den Wechselwirkungen zwischen ihnen und beschreiben eine Dynamik, die sich oftmals in Gewalttaten entlädt.

Unsere These lautet, dass sich eine *Ausdifferenzierung*, *Intellektualisierung* und *Dynamisierung* des rechten politischen Spektrums beobachten lässt. Einstellungen, die wir unter dem Begriff *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* zusammenfassen können, normalisieren sich in Teilen der Bevölkerung, die Grenzen zwischen dem rechten und dem demokratisch-konservativen Segment des Parteienspektrums werden durchlässig. Als Ursache dafür sehen wir ökonomische und sozial-kulturelle Verwerfungen. Kapitalistische Landnahmen, soziale Desintegration und Demokratieentleerung lassen das Vertrauen in das demokratische System schwinden.

Um dieses Buch schreiben zu können, haben wir verschiedene Kolleginnen und Kollegen zu Rate gezogen. Unser Dank gilt: Frank Asbrock (Chemnitz), Rafael Behr (Hamburg), Werner Bergmann (Berlin), Frerk Blome (Hannover), Dierk Borstel (Dortmund), Nils Böckler (Darmstadt), Frank Jansen (Berlin), Daniela Krause (Bielefeld), Stefan Malthaner (Hamburg), Timo Reinfrank (Berlin) und Ulrich Wagner (Marburg).

Danken möchten wir auch der Kollegin Sylja Wandschnei-

der aus dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekt »Autonome Nationalisten« sowie den studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften Moritz Bühler, Alina Marie Gölle, Max Hemmann, Olga Janzen, Jannik Kohl, Alessandra Schädel, Sören Sponick, Kathrin Wagner und Felicitas Wagner. Besonders bedanken wir uns bei Ulrike Rogat, die souverän die Schreibarbeiten und die Manuskriptverwaltung besorgt hat.

Bielefeld, im Sommer 2020

Vorbemerkung: Analysen in Zeiten der Corona-Pandemie

Jede Buchveröffentlichung zu politischen Themen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Jahr 2020 hat eine Zäsur mitzudenken: die Corona-Pandemie und die Frage, ob die *vor* der weltweiten und damit natürlich auch nationalen Krise geschriebene Untersuchung noch tragfähig ist *nach* der Krise, wenn sie denn vergehen will und sich nicht zu einer chronischen Pandemie entwickelt.

Das betrifft auch unsere Analyse rechter Bedrohungslianzen, bei deren Beschreibung und Erklärung wir immer wieder auf die Krisen der letzten beiden entsicherten Jahrzehnte zurückkommen, vor allem auf »9/11« (2001), auf »Hartz IV« (seit 2005), die Banken- und Finanzkrise (2008–2009) sowie die sogenannte »Flüchtlingskrise« (2015). Es waren Krisen, weil die Routinen zur Bewältigung sozialer, ökonomischer und politischer Aufgaben nicht mehr in gewohnter Weise funktionierten und weil klar war, dass die Zustände vor den krisenhaften Ereignissen sich nicht wiederherstellen lassen würden. Gleichzeitig gingen damit stets auch biografische, soziale, ökonomische und politische Kontrollverluste einher.

Diese Krisen unterscheiden sich in dreierlei Hinsicht von der Corona-Pandemie: Zum einen trafen sie mit einer zeitlichen »Staffelung« ein. Zum anderen betrafen sie unterschiedliche Gruppen in der Bevölkerung mit unterschiedlichen Risiken und Kontrollverlusten. Die beteiligten Institutionen in den sozialen Teilsystemen reagierten mit ihren jeweiligen Logiken auf die Erschütterungen. Drittens ereigneten sich diese Krisen (selbst die Bankenkrise) insofern im Rahmen

stabiler ökonomischer Zustände, als Instrumente zu ihrer Bewältigung zur Verfügung standen. Mit Corona ist diese Logik der Beherrschbarkeit von Krisen in hoch differenzierten Gesellschaften zertrümmert worden.

Im Gegensatz zu den früheren Krisen in Teilsystemen haben wir es jetzt mit Kontrollverlusten des Gesamtsystems zu tun – mit der Konsequenz zeitweiliger Stilllegungen oder Beschränkungen von Lebensbereichen und Funktionssystemen. Dies gilt auch für politische Bewegungen und Parteien im öffentlichen Raum, mithin auch für rechte Bedrohungskoalitionen, soweit sie nicht klandestin agieren und/oder terroristische Planungen verfolgen.

Was ist nun angesichts der unklaren Auswirkungen der Corona-Pandemie im Hinblick auf die Erklärungsreichweite unseres Ansatzes und auf gesellschaftliche wie politische Entwicklungsrichtungen anzunehmen? Dies ist eine empirische Frage, die sich im Sommer 2020 noch nicht wirklich beantworten lässt. Gleichwohl ist es notwendig, die öffentliche und wissenschaftliche Debatte zu beobachten, da im Verlauf der Krise angesichts der schrecklichen Todeszahlen und der gesellschaftlichen Schockstarre unterschiedliche Zukunftsentwürfe artikuliert werden.

Zeitenwende ist ein zentraler Kristallisierungsbegriff, an den zahlreiche optimistische Hoffnungen geknüpft werden auf nicht weniger als *Strukturveränderungen* in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Thematisiert wurden in »schnellen« Feuilletons »voraussichtliche« Verstetigungen solidarischen Verhaltens, Entschleunigungen der Globalisierung, eine Verminderung der sozialen Ungleichheit, Veränderungen des kapitalistischen Systems oder auch ein Umbau politischer Strukturen. Darin finden sich viele Elemente von Gesellschaftsromantik, denn nirgends ist erkennbar, wer die »Treiber« solcher weitreichenden Veränderungen sein könnten.

Zumal in den Debatten verdrängt wurde, dass der globale finanzielisierte Kapitalismus kein Interesse an gesellschaftlicher Integration oder daran hat, dass Solidarität zunimmt, Ungleichheit abnimmt usw. Die Leitlinien des ökonomistischen Denkens, das in die Gesellschaft eingedrungen ist, sind Nützlichkeit, Verwertbarkeit und Effizienz, nicht nur für die Produktion von Waschmaschinen, sondern auch für die Bewertung von Menschen.

Was sich – neben den massiven staatlichen Eingriffen in grundgesetzlich verbrieft Freiheitsrechte – bereits im Sommer 2020 abzeichnet, sind ein Konjektureinbruch sowie strukturell tief greifende und zeitlich weitreichende Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt. Solche Verwerfungen gehen in der Regel mit Existenzängsten und Statusverlusten, zeitversetzt auch mit steigender sozialer Ungleichheit einher.

Diese Aussichten legen es nahe, in eine andere, weniger optimistische Richtung zu fragen: Werden die Akteure des rechten politischen Spektrums von diesen erneuten Verunsicherungen und Kontrollverlusten profitieren, wenn die Beschränkungen einmal endgültig aufgehoben und der öffentliche Raum wieder geöffnet worden ist (siehe dazu auch die Überlegungen im Postskriptum)? Nach allem, was wir über die Verarbeitung krisenhafter Ereignisse wissen, müssen wir davon ausgehen, dass autoritäre Versuchungen in einer solchen Situation eher zunehmen. Entscherte Zustände sind selten gute Zeiten für Solidarität, breites demokratisches Engagement oder mutige Experimente mit neuen ökonomischen Konzepten oder Modellen der demokratischen Repräsentation.

Dass es während der Pandemie weniger öffentlich sichtbare Aktivitäten rechter Bedrohungallianzen gab, heißt nicht, dass politische Herausforderungen wegen eines »natürlichen« Virus verschwunden wären. Vielmehr wurden sie durch die

Bewegungseinschränkungen und die Dominanz der Gesundheitsversorgung zeitweise überdeckt. Die These für die Zeit nach der Pandemie wäre also: Aus Kontrollverlusten wächst das Autoritäre. Die Überprüfung muss in den nächsten Jahren stattfinden.

I. Das Konzept

1.1. Problembeschreibung und leitende These: Ausdifferenzierung und Dynamisierung als Erfolgsmodell rechter Bedrohungskoalitionen

In den letzten Jahren war im rechten politischen Spektrum eine *Ausdifferenzierung* von Bewegungen, Parteien und Netzwerken zu beobachten. Zugleich wurden die Kräfte gebündelt. Vor dem Hintergrund globaler und innergesellschaftlicher Probleme führte dies zu einer bislang ungekannten *Dynamisierung* von Bedrohungen für die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie.

Diese Bedrohungen beginnen oft mit Verschiebungen auf der Einstellungsebene, etwa wenn basale Grundwerte wie die Gleichwertigkeit der Menschen, die in dieser Gesellschaft leben, nicht länger von allen geteilt werden. Solche Verschiebungen können in Angriffen auf die psychische und physische Unversehrtheit der Angehörigen markierter Gruppen resultieren – bis hin zu tödlicher terroristischer Gewalt. Aber auch die Institutionen der Gesellschaft und des Staates stehen im Fadenkreuz und sollen destabilisiert werden.

Die entsprechenden Allianzen umfassen Einzelpersonen ohne organisatorische Anbindung, die Einstellungen aufweisen, die sich unter gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit subsumieren lassen, ein autoritär-nationalradikales Milieu mit entsprechenden Bewegungen und Parteien, systemfeindliche rechtsextremistische und neonazistische Netzwerke sowie klandestine terroristische Zellen und ihre Unterstützer. Wie gefährlich solche Allianzen für die offene Gesell-

schaft und die liberale Demokratie sind, lässt sich nur dann wirklich einschätzen, wenn man die Interaktionsprozesse zwischen den Teilgruppen mithilfe eines soziologischen Ansatzes (Kapitel 3) und vor dem Hintergrund des Konzepts des Eskalationskontinuums (Kapitel 4) analysiert. Parzelliertere Betrachtungen einzelner Vorgänge, Organisationen oder Ereignisse hingegen führen aus unserer Sicht nicht weiter.

1.2 Definitorische Rahmung

Rechte Bedrohungsallianzen werden in dieser Analyse als Bündnisse zwischen individuellen Akteuren, Gruppen, sozialen Bewegungen und Parteien verstanden, die sich gegen die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie richten. Dabei unterscheiden wir zwischen formellen Handlungs- und informellen »Gedanken«-Bündnissen in Form von Einstellungen in der Bevölkerung. Wir werden diese *Bedrohungsallianzen* in der folgenden Analyse explizit *nicht* allein im klassischen parteipolitischen Koordinatensystem verorten, da wir glauben, dass sie dafür zu komplex sind und eine zu große programmatische und taktisch-strategische Spannbreite aufweisen. Rechte Bedrohungsallianzen eint das Bestreben, eine autoritäre Entwicklung hin zu einer geschlossenen Gesellschaft und illiberalen Demokratie herbeizuführen. Deshalb werden die rechten Bedrohungsallianzen in dem konzipierten Eskalationskontinuum durch ihre Frontstellung gegen *qualitative Verfassungsgrundsätze* bestimmt. Zentral ist Artikel 1 Grundgesetz: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.«

Was die konzentrischen Schichten des Eskalationskontinuums anbelangt, lassen diese sich insbesondere durch ihre jeweilige Aggressivität sowie Gewalt- und Vernichtungsbe-

reitschaft unterscheiden. Außerdem können wir Prozesse auf drei Ebenen auseinanderhalten: Auf der *individuellen* Ebene geht es vor allem um die Ideologie der Ungleichwertigkeit sowie die Schädigung oder Zerstörung der psychischen und physischen Unversehrtheit von Menschen. Auf der Ebene der *Institutionen* zentral sind die Destabilisierung bisheriger Normalitätsstandards sowie die Veränderung sozialer Normen mit dem Ziel, ein neues, autoritäres Kontrollregime zu errichten. Auf der *gesellschaftlichen Ebene* wird ein Systemwechsel angestrebt, mit dem national fokussierte deutsche Zustände durchgesetzt werden sollen.

Bedrohungskoalitionen werden hier ausdrücklich nicht im Sinne vertraglicher Zusammenschlüsse oder sonstiger formaler Vereinbarungen verstanden. Was uns vielmehr interessiert, sind ideologische Bezugnahmen und *Legitimationsbrücken* zwischen den einzelnen Bestandteilen dieser Allianzen. Im Extremfall reichen ihre Ziele bis hin zum Umsturz mithilfe terroristischer Zellen und zur Errichtung eines Gesellschaftssystems nach nationalsozialistischem Vorbild.

Darüber hinaus sind weitere Definitionsmarkierungen notwendig. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft kursieren so unterschiedliche Bezeichnungen wie »Rechtsradikalismus«, »Neonazismus« oder »Neofaschismus«, die nicht einfach andere Wörter für dasselbe Phänomen darstellen, sondern »als Begriffe auf unterschiedliche, teils gegensätzliche Wahrnehmungen und soziale wie politische Kontexte verweisen« (Salzborn 2015, S. 14; siehe auch Fenske 2013; FIPU 2014). Zugleich wird der Rechtsextremismus-Begriff im medialen und politischen Diskurs inflationär verwendet (vgl. Pfahl-Traughber 1995, S. 25). Komplettiert wird die Begriffsverwirrung dadurch, dass es selbst unter jenen Wissenschaftlern, die den Terminus verwenden, keine allgemein anerkannte Definition gibt und angesichts

der verschiedenen gesellschaftspolitischen Standpunkte und methodischen Ansätze wohl kaum jemals geben wird (vgl. u.a. Mudde 1995; Heitmeyer 2002b; Backes [Hg.] 2003; Grumke 2013).

Wir stützen uns im Folgenden auf die Definition die eine *Ideologie der Ungleichwertigkeit* in Verbindung mit *Gewaltakzeptanz* als Kern der entsprechenden Phänomene identifiziert (Heitmeyer 1987). In der Langzeituntersuchung von Heitmeyer et al. (1992, S. 13 f.) wurde diese Auffassung weiter ausdifferenziert.

Die *Ideologie der Ungleichwertigkeit* basiert auf nationalistischer bzw. völkischer Selbstübersteigerung, rassistischen Kategorien, soziobiologischen Behauptungen natürlicher Hierarchien, auf einer sozialdarwinistischen Betonung des Rechts des Stärkeren, totalitären Abwertungen von »Anderssein« sowie einer Betonung von Homogenität. Diese Ideologie der Ungleichwertigkeit ist der kleinste gemeinsame Nenner, der alle Schichten des Eskalationskontinuums eint und der alle individuellen, gruppenbezogenen und nationalen Vergleiche durchzieht. Sie dient als Interpretationsfolie gesellschaftlicher Realität und als *Legitimationsfundus* für personen- wie gruppenbezogene Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt.

An dieser Stelle kommt das zweite Element der Definition ins Spiel, die *Gewaltakzeptanz*. Ihre wesentlichen Varianten sind die Überzeugung, Gewalt gehöre unabänderlich zum sozialen Dasein, die Billigung fremdausgeübter privater bzw. repressiver staatlicher Gewalt, eigene Gewaltbereitschaft sowie schließlich tatsächliche Gewalttätigkeit. Gewalt gilt als normales und legitimes Mittel der Austragung von Konflikten sowie zur Durchsetzung der Ideologie der Ungleichwertigkeit. Damit einhergehen eine Geringschätzung rationaler Diskurse, die Überzeugung, das Leben sei ein alltäglicher